

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Richard Graupner

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Roland Weigert

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Holger Dremel

Abg. Jörg Baumann

Abg. Claudia Köhler

Abg. Dr. Alexander Dietrich

Abg. Florian Köhler

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Joachim Herrmann

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion

"Kommunen am Ende: Bayern vor Migrationskollaps bewahren"

Für die heutige Sitzung ist die AfD-Fraktion vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema "Kommunen am Ende: Bayern vor Migrationskollaps bewahren" beantragt. Sie kennen das Prozedere, grundsätzlich 5 Minuten Redezeit pro Rednerin oder Redner bzw. für eine Rednerin oder einen Redner 10 Minuten. Erster Redner ist der Abgeordnete Richard Graupner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier hat es jüngst in einem Interview mit der "Welt" noch einmal bestätigt: Die von Ex-Kanzlerin Merkel initiierte Herrschaft des Unrechts aufgrund der Grenzöffnung im Jahre 2015 besteht nach wie vor. Noch immer strömen täglich ungehindert Hunderte, vermutlich sogar Tausende Illegale in unser Land, und das Schlimme ist: Wir wissen nicht einmal, wie viele es tatsächlich sind.

Die Verantwortlichen für diese katastrophalen Zustände versagen weiterhin auf allen Ebenen. Europaweit haben wir einen faulen Asylkompromiss, dessen Maßnahmen Länder wie Syrien und Afghanistan, woher die meisten Illegalen immer noch kommen, gerade nicht betreffen. Auf Bundesebene ist Deutschland mit einer aus ideologischer Verbohrtheit unverantwortlich zögerlich, ja geradezu widerwillig agierenden Ampel gestraft. Wenigstens zu den längst überfälligen Grenzkontrollen hat sich Frau Faeser breitschlagen lassen. Die Folge waren 11.000 zusätzliche Aufgriffe illegaler Einreisewilliger in nur einem einzigen Monat. Auf der anderen Seite werden immer neue Anreize geschaffen, um möglichst viele weitere Migranten ins Land zu locken, ob das nun

der erleichterte Familiennachzug ist oder ein Bürgergeld, das de facto zum "Migrantengeld" mutiert ist. Fast die Hälfte aller Bürgergeldempfänger sind Ausländer. Alleine auf Syrer und Afghanen entfallen in einem einzigen Jahr 4,5 Milliarden Euro!

Auch in Bayern wird zwar viel heiße Luft produziert, aber real geschieht immer noch viel zu wenig. Sicher, ein bisschen hat man sich bei der CSU und der Staatsregierung notgedrungen bewegt. Die Einführung einer Geldkarte für Asylbewerber ist nun endlich beschlossen worden. Das entspricht einer jahrealten, zentralen Forderung der AfD. Kein Wunder! Die Angst vor einer immer stärker werdenden, wahrhaft konservativ-patriotischen Alternative sitzt Ihnen, liebe Kollegen von der CSU, ja auch im Nacken.

(Beifall bei der AfD)

Gleichzeitig aber ziehen Sie sich noch immer ängstlich hinter immer stärker bröckelnde Brandmauern zurück. Mit Ihrer sprichwörtlichen Söder'schen Wankelmütigkeit werden wir aber die tickende Zeitbombe eines vollständigen Asylkollapses nicht entschärfen. Die Aufnahmebereitschaft der bayerischen Kommunen ist längst erschöpft, und unsere Bürger wollen keine weitere Ansiedlung von Asylforderern mehr. Selbst ehrenamtliche und freiwillige Helfer gehen Ihnen ja reihenweise von der Fahne! Einzig die AfD ist heute noch das Sprachrohr all dieser restlos enttäuschten und zu Recht auch wütenden Menschen.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen in unserem schönen Bayern keine Zustände wie in Frankreich, wo sich inzwischen Migrantenbanden zusammenrotten, um gezielt – nach deren eigener Aussage – Weiße abzustechen. Selbst in einem beschaulichen 500-Seelen-Dorf ist man dort als angestammter Franzose nicht mehr seines Lebens sicher. So weit darf es hier bei uns nicht kommen.

(Beifall bei der AfD)

Dafür setzen wir uns unermüdlich ein; denn anders als die CSU und alle Altparteien sind wir die einzige politische Kraft, welche noch die klare Auffassung einer streng begrenzten Einwanderungspolitik vertritt, einer Einwanderungspolitik, die nicht von linken und globalistischen Moden angekränkt ist, einer Einwanderungspolitik, die sich einzig und allein an der demografischen, kulturellen und sozialen Verträglichkeit der Aufnahmegesellschaft orientiert. Wir haben dafür viele effektive und praktikable Vorschläge und Initiativen für alle politischen Ebenen entwickelt. Meine Kollegen werden hier im Detail noch darauf eingehen.

Aber die AfD hat nicht nur die Konzepte. Wir sind auch die einzige Partei mit dem notwendigen politischen Willen, die Souveränität des eigenen Landes, die Unverletzlichkeit der eigenen Grenzen, die Sicherheit der eigenen Bürger und damit das Wohl des eigenen Volkes durchzusetzen und auch zu gewährleisten.

(Beifall bei der AfD)

Ich kann nur allen noch gutwilligen Kräften in der CSU zurufen: Raffen Sie sich endlich auf. Sorgen Sie in Ihren Reihen dafür, dass die unsäglichen Brandmauern eingerissen werden. Machen Sie Schluss mit Schaufensterpolitik, scheinkonservativen Positionspapieren und Grundsatzserklärungen! Eine entschlossene und glaubwürdige Wende in der Migrationspolitik, so wie sie die Mehrheit der Deutschen und die Mehrheit der Bayern erwarten, ist nur durch die Zusammenarbeit aller konservativen Kräfte möglich. Die AfD steht hierfür bereit.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Petra Guttenberger für die CSU-Fraktion.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion hat heute eine Aktuelle Stunde zum Thema "Kommunen am Ende: Bayern vor Migrationskollaps bewahren" anberaumen lassen.

Um es gleich vorweg zu sagen: Ja, dieses Thema ist wichtig. Ja, die Migrationskrise bereitet weiten Teilen unserer Bevölkerung Sorgen. Ja, die Herausforderungen in der Migrationspolitik müssen endlich gelöst werden.

Aber damit ist Schluss mit Ja. Wir lassen nicht zu, dass man hier einmal mehr versucht – und anders kann ich Ihre Rede nicht verstehen, Herr Kollege –, wieder Hass und Hetze aufs Tapet zu bringen

(Widerspruch des Abgeordneten Alfred Graupner (AfD))

und die Spaltung der Gesellschaft voranzutreiben, ohne dass man – vielleicht habe ich Ihre Rede falsch verstanden – einen einzigen begehbaren Lösungsweg aufzeigt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Alfred Graupner (AfD))

Das Beschreiben von Problemstellungen ist ein Anfang, aber die immer kruder zu beschreiben, immer mehr Angst zu schüren und auf eine Lösung genau nichts, aber auch gar nichts zu verwenden – Entschuldigung, das ist billig!

(Zuruf von der AfD)

Wir wollen hier im Landtag eine sachliche Debatte führen, weil wir nämlich der Ansicht sind, dass wir unserer Verantwortung gerecht werden müssen. Verantwortung hieß bei uns immer: Kontrolle und Humanität – in beiden Ausprägungen.

Es gibt Schutzsuchende wie die vielen ukrainischen Kriegsflüchtlinge, die nach dem Angriff von Russland auf ihr Land nach Deutschland geflohen sind. Hier zeigen wir als Bayern genauso viel Herz und Verantwortung wie bei anerkannten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, die aus triftigen Gründen nach Deutschland geflohen sind. Aber auch hier gibt es Nachbesserungsbedarf. Wenn man etwa Ukrainerinnen und Ukrainern sofort einen Anspruch auf das Bürgergeld einräumt – das wir in dieser Höhe für völlig verfehlt halten – und dadurch Anreize für Missbrauch schafft, dann ist das etwas,

das die Bevölkerung nicht akzeptiert, und deshalb – Lösungsweg! – muss das Asylbewerberleistungsrecht auch für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine gelten. So ist unser Weg.

Wenn man verantwortlich handelt, ist es auch erforderlich, dass man bei der Migration differenziert. Natürlich brauchen wir geeignete Fachkräfte, um unser Land am Laufen zu halten und um dem Fachkräftemangel etwas entgegenzusetzen. Es gibt viele gute Beispiele von echter und geglückter Integration. Es gibt nicht nur die schlimmen Seiten – die gibt es auch –, aber Verantwortung heißt, eine differenzierte Betrachtungsweise einzunehmen. Bayern ist das Land der gelungenen Integration, und deshalb haben wir in Bayern mit 8,1 % die niedrigste Arbeitslosenquote von Ausländern und auch die niedrigste Arbeitslosigkeit ausländischer Frauen.

Gleichzeitig – und auch das gehört zu einer differenzierten Betrachtungsweise – erreicht der Zuzug von Migrantinnen und Migranten inzwischen neue Rekordzahlen. Wir wollen deshalb keine falschen Anreize setzen wie offene Grenzen, hohe Sozialleistungen und niedrige Hürden für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Diese muss am Ende einer gelungenen Integration stehen und nicht am Anfang, sozusagen als Goodwill des aufnehmenden Landes, entgegengebracht werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Als Magnet für irreguläre Migration wirkt momentan vor allem das Schlepper- und das Schleusergeschäft. Hier wollen wir einen Riegel vorschieben, weil das die negative Seite der Migration ist. Wir wollen, dass Menschen sich hier um einen Arbeitsplatz bewerben, dass sie als echte Fachkräfte hierherkommen.

Wir wollen auch eines, nämlich nicht mehr ständig Ankündigungen hören; von einem Olaf Scholz, der Bundeskanzler dieses Landes ist, der zwar ankündigt, was er alles tun will, um Migration zu begrenzen, dann aber auf dem SPD-Parteitag mindestens zwei Schritte zurückgegangen ist. Wir wollen nicht, dass Ankündigungen im Raum stehen, wir wollen Taten sehen. Wir wollen von der Ampel, dass sie das, was sie ange-

kündigt hat, endlich umsetzt. Wir können es uns nicht leisten, ständig Ankündigungen zu hören und keinerlei, aber wirklich keinerlei Resultate zu erleben, weil man halt im Vollzug einfach nichts macht. Das kann es doch wohl nicht sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, die Maßnahmen, die wir unter anderem in unserer Resolution festgelegt haben, endlich umzusetzen – zeitnah, nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag, sondern sofort. Wir wollen einen effektiven EU-Außengrenzschutz erreichen. Wir fordern die Durchführung der Asylverfahren an den EU-Außengrenzen. Wir wollen die stärkere Unterstützung von Herkunfts- und Transitländern bei der heimatnahen Unterbringung und Versorgung von Schutzsuchenden. Wir verlangen die konsequente Umsetzung sämtlicher EU-Reformvorschläge zur europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Es hilft gar nichts, wenn die Bundesregierung zustimmt, aber dann nach Hause fährt und sagt: Jetzt machen wir erst einmal nichts. – Das kann es nicht sein!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen den gesamten Bereich des Asyl- bzw. Schutzrechts gesamteuropäisch neu denken; wir wollen es überdenken. Wir wollen insbesondere das Konzept des subsidiären Schutzes nach europäischem Recht umsetzen. Und: Wir wollen eine solidarische Verteilung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine nicht nur bei uns erreichen, sondern wir fordern eine solidarische Verteilung auf alle europäischen Länder.

Wir fordern die Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsländer, weil es nicht sein kann, dass ein Land, in dem jeder sich im Urlaub frei bewegen kann und keinerlei Probleme hat, als "unsicheres Land" eingestuft wird. Jeder Bürger und jede Bürgerin verlieren das Vertrauen in die Politik, wenn sie dies live erleben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Gülseren Demirel (GRÜNE):
Welche Länder meinen Sie denn? Wo machen Sie denn Urlaub?)

Das heißt auch, wir brauchen mehr Rückführungsabkommen, insbesondere mit den Hauptherkunftsländern. Wir brauchen auch Druckmittel, wenn ein Land sich schlicht weigert, seine Staatsangehörigen zurückzunehmen.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für schnellere und effektivere Abschiebungen schaffen – als eine von vielen Maßnahmen, aber nicht, wie wir es von der AfD in der vergangenen Woche gehört haben, als das allein Seligmachende; das ist es eben nicht.

Wir wollen Personen, die eine schwere Straftat begangen haben, und Gefährder in Herkunftsländer wie Syrien und Afghanistan abschieben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich dann in der Zeitung lese, wie inhuman das sei, dann kann ich nur sagen: Wer sich an die Spielregeln hier nicht hält und schwere Straftaten gegenüber Menschen in einem Land, das ihn aufgenommen hat, verübt, der sollte sich über das Wort "Humanität" einmal Gedanken machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen prüfen, wie die Einführung von Transitzentren an den deutschen Staatsgrenzen erfolgen kann, wenn der EU-Außengrenzschutz nicht funktioniert.

Wir wollen die grenzpolizeilichen Maßnahmen ausbauen; denn es zeigt sich, dass dort, wo Grenzen überwacht werden, auch Schleuserkriminalität und ihre Folgen erkannt werden und Möglichkeiten der Zurückweisung bestehen.

Wir wollen das Asylbewerberleistungsrecht anpassen. Bayern geht mit der Bezahlkarte, die es ab Frühling 2024 geben wird, in Vorleistung. Wir sagen: Es kann nicht Auf-

gabe des Steuerzahlers und der Steuerzahlerin sein, Geldtransfers in andere Länder zu finanzieren.

Schutz von Bedrohten – selbstverständlich, weil es uns wichtig ist!

Wir wollen die Ausländerbehörden bei der Digitalisierung unterstützen, damit dort eine Beschleunigung der Verfahren erfolgt.

Wir wollen die freiwilligen Aufnahmeprogramme gestoppt sehen; denn es ist schon scheinheilig, wenn die Bundesregierung behauptet, sie wolle Maßnahmen ergreifen, um die Migration zu begrenzen, und andererseits Aufnahmeprogramme für Menschen auflegt, die weder unter die Flüchtlingskonvention fallen noch politisch verfolgt sind. Auch das geht nicht zusammen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Kollegin Guttenberger, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Petra Guttenberger (CSU): Da ich an meine Redezeit denken muss, mache ich jetzt einfach Schluss. Ich habe Ihnen dargestellt, wie wir das Problem der illegalen, der nicht gerechtfertigten Migration bekämpfen wollen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Frau Guttenberger.

Petra Guttenberger (CSU): Damit ende ich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gülseren Demirel. Sie spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren in der heutigen Aktuellen Stunde über die Migrationspolitik; von der AfD kam der Vorschlag für dieses Thema. Ehrlich gesagt, ich habe aus Ihrer gesamten Rede

keine einzige Idee herausgehört, wie die Kommunen entlastet werden könnten. Daher gehe ich davon aus, dass die Kommunen nicht sehr interessiert auf diese Debatte blicken, um etwa festzustellen, was Sie denn für Konzepte und Ideen haben. Sie von der AfD machen mit Ihrem Geschäftsmodell weiter: Ängste schüren, Menschen verunsichern. Nur das kann ja auch Ihr Ziel sein, was Sie wieder sehr schön demonstriert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, ich will auf das Thema zurückkommen; darüber haben wir schon im vergangenen Plenum debattiert.

Es ist wichtig, sich in der Debatte immer wieder bewusst zu machen, aus welchen Staaten die Geflüchteten, die sich gerade in unserem Bundesland befinden, kommen. Wenn wir die Debatte darüber nicht führen, dann gaukeln wir den Menschen draußen vor, dass die Menschen, die zu uns kommen, überhaupt kein Schutzbedürfnis hätten und dass das Problem schnell gelöst werden könnte, aber die Politik kein Interesse daran habe.

Kolleginnen und Kollegen, der größte Teil der Menschen, die gerade in Bayern mit Fluchtstatus leben, kommt aus der Ukraine. Herr Innenminister Herrmann wird wahrscheinlich auch etwas sagen und diese Feststellung, wie ich hoffe, bestätigen. Die nächste Gruppe der Menschen kommt aus Afghanistan, das auch nicht als Urlaubsland bekannt ist. Dann sind es Menschen aus Syrien; ich glaube, auch dort macht man im Moment freiwillig keinen Urlaub.

Kolleginnen und Kollegen, ich mache Ihnen hiermit deutlich: Es sind Menschen, die nach dem Völkerrecht, dessen Bestimmungen Deutschland ratifiziert hat – auch Bayern zählt ja zu Deutschland –, das Recht auf Schutz haben und sich deshalb hier befinden. Das müssen wir klarstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir Äpfel und Birnen nicht auseinanderhalten – zwar ist beides Obst, aber sie schmecken wirklich unterschiedlich –, dann verstehen die Menschen draußen uns nicht. Daher muss diese Klarheit her.

Wenn wir darüber debattieren, dann ist es vor allen Dingen wichtig, dass wir konstruktiv miteinander ins Gespräch kommen. Frau Guttenberger, ich schätze Sie. Aber angesichts der Vorschläge, die Sie hier gebracht haben, habe ich mich die ganze Zeit gefragt: 16 Jahre war die Union an der Regierung! Wie viele Jahre war Horst Seehofer Innenminister? Sie haben hier in Bayern das Landesamt für Asyl und Rückführungen eingerichtet, was die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Millionen kostet. Sie haben die Zentrale Ausländerbehörde installiert, was die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Millionen kostet.

(Petra Guttenberger (CSU): Bei uns funktioniert es besser als woanders!)

Die kommunalen Ausländerbehörden wären glücklich, wenn sie diese Personalstellen hätten. Und was haben Sie erreicht? Was ist denn Ihre Bilanz?

Natürlich ist die Bundesregierung auf der europäischen Ebene in Verhandlungen. Natürlich wird darüber diskutiert. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, der wichtigste Artikel unseres Grundgesetzes besagt – ebenso wichtig ist die Genfer Konvention –: "Die Würde des Menschen ist unantastbar."

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das ist weiterhin der wichtigste Artikel!)

Dieser Artikel besagt nicht: Die Würde des Deutschen ist unantastbar. Daher bitte ich Sie: Verbal abrüsten! Sachlich diskutieren!

Ich komme zum Thema zurück und stelle fest: Die Kommunen leisten Enormes. Die Ehrenamtlichen leisten Enormes. Wir sind sehr dankbar dafür, dass die Kommunen Unterstützung bekommen. Ganz klar bin ich froh, dass jüngst auch der Bund mehr Geld zugesagt.

Aber was macht denn Bayern, Kolleginnen und Kollegen? Was macht die Bayerische Staatsregierung?

(Holger Dremel (CSU): Viel! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Mehr als andere! Mehr als alle anderen! Mehr als die rot-grün regierten Länder!)

Wie viel Geld geben Sie denn den Kommunen?

(Petra Guttenberger (CSU): Wir übernehmen die Unterkunftskosten!)

Gestalten Sie das 500-Millionen-Euro-Budget so aus, dass die Kommunen Maßnahmen beantragen können. Versuchen Sie doch einmal zu verstehen, dass die meisten Menschen, die in einer Unterkunft leben, Geflüchtete aus der Ukraine sind, die keine Wohnung haben; das sind Fehlbeleger. Unterstützen Sie doch die Kommunen dabei, dass Wohnungen gebaut werden!

(Petra Guttenberger (CSU): Unser Programm läuft, das vom Bund nicht!)

Wir brauchen auch modulares Bauen. Es muss schnell gebaut werden, damit diese Menschen ausziehen können. Versuchen Sie, diesen Menschen Arbeit zu geben. Die Bürgerinnen und Bürger und die Bürgermeister verstehen nicht, warum diese Menschen nicht arbeiten dürfen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Demirel, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Geben Sie Ihnen Arbeit, damit Sie ausziehen können.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Daher sage ich: Fassen Sie sich an Ihre eigene Nase! Kritisieren Sie den Bund – das ist in einer Demokratie berechtigt –, aber fassen Sie sich auch an die eigene Nase!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Demirel. – Zu Ihrer Information: Während der Aktuellen Stunde gibt es nicht die Möglichkeit der Zwischenbemerkung. Die gibt es sonst bei fast allen Tagesordnungspunkten, aber nicht bei der Aktuellen Stunde. – Der nächste Redner ist der Kollege Roland Weigert für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuschauer hier und auch zu Hause im Stream! In Vorbereitung auf die Rede heute Früh habe ich nach dem Begriff "Migration" gegoogelt. Der erste Treffer war die "Neue Zürcher Zeitung", die getitelt hat: "Mit verstörenden Videos erreicht eine italienische Propaganda-Plattform ein Millionenpublikum. Ihre Botschaft: Migration – "Europa steht am Abgrund".

Ohne Zweifel, meine Damen und Herren, ist es wirklich so, dass die Migration eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit ist. Wir wissen um die Menschenmassen, die sich von Süd nach Nord und von Ost nach West bewegen. Das ist selbstredend. Es ist heute angekommen: Die Kommunen stehen da vor extremen Herausforderungen. Was die Bürgermeister, die Oberbürgermeister und die Landräte betrifft: Wir sind ihnen tief verbunden für die Leistung, die hier schon jahrelang erbracht wird, unter zum Teil extremen Herausforderungen.

Meine Damen und Herren, die Bayerische Staatsregierung ist sich dessen bewusst. Sie weiß das nicht nur, sondern sie handelt auch danach. Unser Ziel ist, die Migration nach Europa und nach Deutschland besser zu steuern. Petra Guttenberger hat vorher bereits viele politische Felder aufgeführt, von der Reduktion der Zahl der Ausreisepflichtigen im Land über den Fokus auf die Außengrenzen, die sicheren Herkunftstaaten und dergleichen mehr. Das betrifft vor allen Dingen Berlin.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident und der Innenminister Joachim Herrmann fordern deshalb von Berlin eine Wende. Was Petra Guttenberger ausgeführt hat, muss ich nicht weiter erklären. Herr Innenminister, ich bin Ihnen wirklich dankbar.

Was Petra Guttenberger ausgeführt hat, war im übertragenen Sinne das ordnungspolitische Prinzip, die – in Anführungszeichen – "Ordnungspolitik", wie sie ausgeführt hat.

Herr Innenminister, was uns als Bayerische Staatsregierung und als Regierungsfraktionen ausmacht, ist das Grundrauschen, mit dem wir diesen Rechtskreis vollziehen; denn es geht bei dieser Staatsregierung darum, meine Damen und Herren, dass nicht nur Ordnung Relevanz hat, sondern auch Humanität. Das, meine Damen und Herren, macht den Unterschied zur AfD aus, die heute diesen Antrag gestellt hat: Es geht um Humanität.

Bei erheblichen Teilen der AfD vermisse ich – das sage ich zu Ihnen – die moralische Standfestigkeit, die ich von Ihnen erwarten würde; denn in Ihren Reden vermisse ich ausnahmslos – heute war das wieder wie im Laufe der vorangegangenen Debatten zu erkennen – diese Menschlichkeit. Bei Ihnen geht es nicht um Mitleid und nicht um Güte. Auch Milde spielt keine Rolle. Wenn ich über Toleranz rede, dann sind Sie so wieso Lichtjahre davon entfernt.

(Zuruf von der AfD)

Aus Ihren Beiträgen höre ich immer wieder – weil Sie gerade die Wortmeldung machen – Parlamentarismusskepsis, Antieuropäismus, antiliberale Muster und antipluralistische Denke heraus. Das höre ich heraus. Meine Damen und Herren, am Ende des Tages ist das Abschottung. Das bringt dieses Land nicht weiter.

Jetzt kommen Sie und bringen das Thema "Kommunen am Ende: Bayern vor dem Migrationskollaps bewahren". Nun war ich 2015 Landrat und habe bei der ersten Welle live erlebt, was das für die Landräte und Bürgermeister an Herausforderungen bedeutet. Ich glaube mich noch zu erinnern, dass Herr Gauland seinerzeit gesagt hat: Man kann diese Krise nur als Geschenk für die AfD nehmen. – Das ist der Geist, der hinter diesem Antrag steht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Es geht nicht um die Kommunen, sondern es geht um ein Konstrukt, um den Leuten den Kopf zu verdrehen und Stimmen zu sammeln.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Zuruf von der AfD)

Diese Deutungshoheit lassen wir Ihnen nicht! Humanität und Ordnung ist unser Programm. Das ist der Gegenentwurf, meine Damen und Herren. Ihre Form der aggressiven Beeinflussung ist Agitation, nicht mehr und nicht weniger.

(Zurufe von der AfD – Lachen bei der AfD)

Meine Damen und Herren, das wissen auch die Bürgermeister draußen. Meine Damen und Herren, weil ich nur noch 20 Sekunden habe, beende ich hiermit meine Rede und sage Ihnen: Die Bürgermeister wissen sehr genau, woher Hilfe kommt und woher Agitation kommt. – Vielen Dank und frohe Weihnachten!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Weigert. – Nächster Redner ist Herr Kollege Arif Taşdelen für die SPD-Fraktion.

Arif Taşdelen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich hatte zumindest für die Vorweihnachtszeit die Hoffnung, dass die AfD nicht wieder dieses Thema spielt, nicht wieder gegen die Schwächsten in dieser Gesellschaft hetzt.

(Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Träumer!)

Aus dieser Hoffnung wurde leider nichts. Sie haben wieder gezeigt, dass Sie eine Ein-Themen-Partei sind und keine Lösungen bieten, sondern nur Menschen gegeneinander ausspielen und nur spalten und hetzen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Als bayerischer Sozi und "Club"-Fan bin ich leidensfähig.

(Heiterkeit bei der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Aber das, was von Ihnen kommt, geht tatsächlich weit über die Grenzen dessen hinaus, was man hier in diesem Hohen Haus ertragen kann.

(Zuruf von der AfD: Dann geh doch! Tschüss!)

Wenn ich schon beim "Club" bin: Ich bin stolz darauf, dass Ilkay Gündogan in der deutschen Nationalmannschaft der Kapitän ist, nicht nur, weil Ilkay Gündogan fußballerisch zum Teil in Nürnberg ausgebildet wurde, sondern auch weil seine Eltern Einwanderer sind.

(Martin Böhm (AfD): Genau das brauchen wir!)

Wissen Sie was? – Wenn diese Menschen nicht wären, würde der Winterdienst nicht funktionieren, würde kein Krankenhaus und kein Altenheim laufen. In diesem Land würde nichts funktionieren. Nichts!

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Und dieser Wahrheit müssen Sie ins Gesicht schauen.

(Zurufe von der AfD)

Hören Sie endlich auf zu hetzen! Hören Sie endlich auf!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Hören Sie mal auf! Zwischenrufe ja, Dauerrufe nein! – Herr Taşdelen, Sie haben weiter das Wort.

Arif Taşdelen (SPD): Danke, Herr Präsident. – Liebe Kollegin Guttenberger, Sie haben ja auch richtigerweise vieles erwähnt, was bei der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler am 6. November vereinbart wurde. Ich kann Ihnen

sagen: Die Ergebnisse – also diese 7.500 Euro Pauschale für jeden Asylantrag, mehr Geld für die Kommunen und für die Länder, 3,5 Milliarden Euro allein im nächsten Jahr, dass die Zahl der sicheren Herkunftsstaaten möglichst ausgeweitet werden soll und dass vor allem die illegale Einreise beschränkt werden muss – haben Sie alle aufgezählt. Das wurde auch bei dieser Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler tatsächlich alles beschlossen.

(Petra Guttenberger (CSU): Richtig!)

Wir sehen auch, dass diese Maßnahmen wirken. Ich kann Ihnen nur sagen: Was die Bundesregierung in den letzten zwei Jahren geschafft hat, das hat Frau Merkel in 16 Jahren nicht geschafft!

(Lachen bei der CSU – Beifall bei der SPD – Holger Dremel (CSU): Das stimmt nicht!)

Das gehört zur Wahrheit.

(Holger Dremel (CSU): Wer war Finanzminister? – Petra Guttenberger (CSU): Da war die SPD dabei! – Weitere Zurufe von der CSU)

Mit den kommunalen Spitzenverbänden wären wir bei dem Thema, was der Freistaat, was wir hier tun können. Die kommunalen Spitzenverbände haben in einem Brief vom 4. Dezember die Bayerische Staatsregierung kritisiert, dass von den Geldern, beispielsweise für die Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine, in Höhe von 79 Millionen Euro nur 36 Millionen Euro ausbezahlt wurden, und sie mahnen an, dass dieses Geld, die restlichen 43 Millionen Euro relativ schnell ausbezahlt werden sollen, weil die Kommunen finanziell immens darunter leiden, dass sie dieses Geld vorstrecken müssen.

(Beifall bei der SPD)

Die kommunalen Spitzenverbände haben in diesem Brief auch angemahnt, dass die 7.500 Euro Kostenpauschale pro Asylantrag durch die Bayerische Staatsregierung sehr schnell, unkompliziert und ungekürzt an die Kommunen weitergeleitet werden sollen. Das sind die Hausaufgaben, die wir machen können. Ich möchte mit einem Zitat von Herrn Oberbürgermeister Dr. Florian Janik schließen, der sagt: Sie, die AfD, instrumentalisieren die berechtigten Forderungen der Kommunen. Stimmungsmache gegen Geflüchtete hilft uns nicht weiter. – Herzlichen Dank und frohe Weihnachten!

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Taşdelen. – Nächster Redner ist Herr Kollege Holger Dremel für die CSU-Fraktion.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im November 2022, also vor einem Jahr, ist auf unserer Erde die Zahl der Menschen erstmals auf über acht Milliarden gestiegen. Die Zahl der gewaltsam vertriebenen Menschen liegt laut UNO weltweit bei über 100 Millionen. Das bedeutet, dass wir die globalen Probleme nicht durch die Aufnahme von Flüchtlingen, sondern nur durch die Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort lösen können, natürlich auch in der Ukraine. Aber das tun Sie nicht.

Es war und ist aber gleichzeitig selbstverständlich, dass wir als Bayern unseren Beitrag zur Unterstützung der Flüchtlinge, gerade auch aus der Ukraine, leisten. Deutschland hat 2022 so viele Flüchtlinge wie nie zuvor aufgenommen. Aber anstatt die Kommunen und die Landkreise bei der Unterbringung zu unterstützen, lässt die Bundesregierung sie im Regen stehen und im Stich. Auch hier versagt die Ampel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Mittlerweile gibt es in Bayern kaum eine Kommune, die mit der Aufnahme von Flüchtlingen nicht enorm zu kämpfen hat.

Ich möchte an dieser Stelle auch einen herzlichen Dank an die Mitarbeiter der Regierungen, der Anker-Einrichtungen, der Landratsämter, der Städte und Gemeinden richten, die hier Großartiges leisten. Ein weiterer Dank gilt unserem Integrationsbeauftragten Karl Straub, der hier in der Fortführung von Gudrun Brendel-Fischer und Martin Neumeyer, die das auch in hervorragender Weise ausgeführt haben, die Aufgabe hervorragend erledigt.

(Beifall bei der CSU)

Für uns, meine Damen und Herren von der CSU, stehen bei der Migration Humanität und Ordnung an erster Stelle. Humanität kann aber nur gewährleistet werden, solange die Kommunen nicht überfordert werden und die Akzeptanz in der Bevölkerung aufrechterhalten bleibt. Das ist leider seit geraumer Zeit durch die extrem hohe Anzahl an Asylanträgen nicht mehr gewährleistet. Mit jedem Tag, an dem sich die Bundesregierung weiter gegen wirksame Maßnahmen zur Begrenzung der illegalen Migration auf Bundes- und EU-Ebene sperrt, gefährdet sie deshalb unseren sozialen Frieden. Nur dann, wenn wir der unkontrollierten Zuwanderung einen Riegel vorschieben, können wir in Zukunft denen, die wirklich Schutz brauchen und suchen, helfen und sie integrieren.

Wagen wir für Lösungen beispielsweise einen Blick nach Österreich. Unser Nachbar Österreich hat es geschafft, dass die Zahl der illegalen Flüchtlinge drastisch gesunken ist. Die Ampel hat jedoch immer wieder neue Anreize für Migranten geschaffen, die keinen Anspruch auf Asyl haben. Das ist ein untragbarer Zustand. Das wollen wir auch ändern. Deshalb haben wir erst vor zwei Wochen eine Resolution beschlossen, in der wir erneut eine deutliche Begrenzung der Migration fordern. Um keine weiteren falschen Anreize zu geben, sollen Asylbewerberleistungen soweit wie möglich auf Sachleistungen umgestellt werden. Außerdem gibt es die Bezahlkarten-Lösung.

Lieber Herr Kollege Graupner, das ist die Idee der Christlich-Sozialen Union.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Damit mehr Flüchtlinge gemeinnützige Arbeit leisten können, werden wir entsprechende Arbeitsmöglichkeiten und Sprachangebote ausbauen. Angesichts überlasteter Kommunen und schwindender Akzeptanz in der Bevölkerung fordern wir vor allem die Ausweitung der Möglichkeiten, Migranten an den deutschen Grenzen zurückzuweisen. Hier leistet die Bayerische Grenzpolizei einen hervorragenden Dienst. Bayern ist das erste Bundesland, in dem die Grenzpolizei ihren Dienst aufgenommen hat. Sie ist Vorbild in ganz Deutschland.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Rückführungsoffensive endlich zu beginnen und Rückführungsabkommen zu schließen. Die Liste der sicheren Herkunftsländer muss erweitert werden. Last, but not least müssen wir die Asylverfahren an den Außengrenzen durchführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere Frau Gülseren Demirel, die CSU hat als Teil der Bundesregierung eine Obergrenze eingezogen. Die CSU hat Rückführungen auf dem Höchststand durchgeführt. Trotzdem ist in Bayern die Integration erfolgreicher als in jedem anderen Bundesland. Das können Sie nicht bestreiten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Holger Dremel (CSU): Wir werden den Druck auf die Bundesregierung weiter erhöhen. Wir brauchen eine Begrenzung der Flucht. – Herzlichen Dank und ein schönes Weihnachtsfest!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dremel. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Baumann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete! Der Titel der Aktuellen Stunde ist "Kommunen am Ende: Bayern vor Migrationskollaps bewahren". Man muss natürlich auch ein bisschen unterfüttern, warum das so ist. Dem Informationsbrief Nummer 11 des Bayerischen Städtetages vom November dieses Jahres ist sinngemäß zu entnehmen: Die Steuereinnahmen stagnieren, aber die Ausgaben steigen steil an. Kommunale Haushalte rutschen vereinzelt in bedrohliche Schieflage. Inzwischen ist in vielen Städten und Gemeinden ein Schmerzpunkt erreicht. In einzelnen Städten müssen Haushaltssperren verhängt werden. Mehrbelastungen entstehen aufgrund der Kosten für Unterkünfte für Geflüchtete und Leistungen für Lebensunterhalt und Krankenhilfe. Auf Seite 7 wird festgehalten: "Die kommunale Ebene hat bei der Aufnahme und Versorgung von Asylsuchenden ihre Belastungsgrenze erreicht." – Das ist mehr als zutreffend. In meinem Nachbarlandkreis werden jetzt wieder Turnhallen belegt.

Ein Punkt, um Abhilfe zu schaffen, wäre, die Asylverfahren und Abschiebungen zu beschleunigen. Das ist, wie gesagt, ein Punkt, auf den ich jetzt näher eingehe. Hierfür sind auch die Länder zuständig. Aber wie laufen die Abschiebungen ab?

– Hierzu aus dem polizeilichen Alltag: Es beginnt mit der Stufe eins. Der abgelehnte Asylbewerber bekommt die Aufforderung zur Ausreise. Danach passiert meistens erst mal nichts.

Das führt uns zur Stufe zwei: Die Abschiebung wird durch die Ausländerbehörde angekündigt, und zwar dem abgelehnten Asylbewerber. Die Polizei fungiert hier im Prinzip als Transportunternehmen. Auch der Flug ist schon gebucht. Der Abgelehnte ist jedoch meist nicht vor Ort; denn er wurde vorher schon durch die Ausländerbehörde gewarnt. Der Steuerzahler zahlt den Einsatz der Polizei und den Leerflug, der mehrere tausend Euro kosten kann.

Es folgt die dritte Stufe, die Aufforderung der Ausländerbehörde – ohne Wissen des abgelehnten Asylbewerbers – an die Polizei, diesen abzuschicken. Die Polizei trifft

den abgelehnten Asylbewerber an und verbringt diesen zum Flughafen. Dort parkt ein Linien- oder ein Charterflugzeug. Bei einem Linienflug droht der Abzuschiebende mit Gewalt. Der Pilot, der über die Mitnahme zu entscheiden hat und sich natürlich auch um andere Passagiere kümmern muss, wird daher den abgelehnten Asylbewerber nicht mitnehmen. Bei einem Charterflug ist die Reise etwas gewisser. Aber hierzu gleich mehr. Der abgelehnte Asylbewerber erhält Geld für seine Rückfahrt. Die Polizeibeamten fahren ebenfalls wieder zurück.

Es folgt nun die Stufe vier: Jetzt wird es den Behörden zu bunt. Es folgt eine Ausschreibung zur Abschiebehaf. Der abgelehnte Asylbewerber wird ausgeschrieben und irgendwann durch die Polizei aufgegriffen. Es folgt die Verbringung zur Abschiebehafanstalt und von dort ein Charterflug ins Heimatland.

Die ersten drei Stufen, die ich aufgezählt habe, sind sogenannte Abschiebungen aus der Freiheit. Diese scheitern fast immer. Die Abschiebung aus der Abschiebehaf gelingt hingegen fast immer.

Zusammenfassend muss man sagen: Unsere Polizeibeamten fahren jeden Tag durch die Gegend, versuchen, abgelehnte Asylbewerber einzusammeln, und verbringen diese an Flughäfen. Dort wird den abgelehnten Asylbewerbern dann ein 50-Euro-Schein mit der Aufforderung, in ihre Unterkunft zurückzufahren, in die Hand gedrückt. Der Flieger hebt ohne die Gäste ab. Die Beamten fahren zu ihrer Dienststelle zurück und freuen sich auf den nächsten Tag, wenn das ganze Spiel von vorne losgeht.

Das geschilderte Verfahren ist langwierig, teuer, ineffizient und überflüssig. Hierzu noch der Hinweis auf den "FOCUS online"-Artikel vom 10. Dezember 2023: "Abschiebepolizist packt aus". Oder anders: Warum scheitern Abschiebungen? Der Hauptgrund, warum Abschiebungen scheitern, ist die Abwesenheit der Gesuchten. Vor Ort am Flughafen wird eingekotet, es wird eingenässt, es wird mit Gewalt gedroht, oder es gibt plötzlich gesundheitliche Probleme.

Lösungen: Wir pflichten dem unbekanntem Polizisten, welcher "FOCUS online" berichtet hatte, bei und fordern schnellere Asylverfahren, mehr Kontrollen an Grenzen, keine Ankündigung von Abschiebungen, das Verbleiben der Pässe bis zur Abschiebung beim Ausländeramt, Sperrung aller Asytleistungen und schnellere Abschiebehaft; denn ein schnelles und effizientes Abschieben schafft Platz und entlastet die Kommunen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Alexander Hold für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich fange mal ganz anders an: Die Kommunen sind der Motor der Integration; denn dort wird institutionelle Integrationsarbeit geleistet. Dort werden die Weichen für gelingende Integration gestellt, engagieren sich Ehrenamtliche in Helferkreisen, leisten die Schulfamilien Außerordentliches und findet Vereinsarbeit statt, auch als Motor der Integration. Aber Integration ist eine langjährige, komplexe Aufgabe. Ich stelle die Integration jetzt bewusst an den Anfang meiner Ausführungen, weil Migration nur mit Integration gelingen kann und gesellschaftliche Verwerfungen und Spaltungen nur mit Integration verhindert werden.

Bayern – das muss man ganz klar sagen – leistet in Sachen Integration sehr viel, mehr als fast alle anderen Bundesländer. Auch darauf fußt der soziale Frieden, der bei uns noch besser gewahrt ist als anderswo.

Aber jetzt sind wir tatsächlich an einem Punkt, an dem den Kommunen die Kraft ausgeht, weil Ehrenamtler, Behördenmitarbeiter, Bürgermeister und Landräte schon mit der Ankunft von Flüchtenden überfordert sind und sie nur noch mit größten Mühen die Unterbringung und das Wohnen irgendwie organisieren können. Da bleiben weder Mittel noch Kraft, den ankommenden Menschen unsere freiheitlich-demokratischen Werte zu vermitteln und sie in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Ich spüre, wie die Zustimmung in der Bevölkerung nachlässt, wie sie schwindet, weil die Belastungen greifbar und Schieflagen erkennbar werden, wenn Turnhallen in Beschlag genommen und zweckentfremdet werden, Kitas und Schulen überlastet sind. Da muss schon die Frage erlaubt sein: Woran liegt das, und was können wir dagegen tun? – Es gibt den dumpfen Ansatz, einfach zu sagen: abschieben. – Das kann man machen, bringt nur leider nichts. Schon wenn man die Zahlen sieht, wer überhaupt abschiebefähig ist, stellt man fest, dass das an unserer Problematik erst mal gar nichts ändert.

Ich fange ganz anders an: Wir brauchen zuallererst eine geordnete Arbeits- und Fachkräfteeinwanderung; denn die geordnete Möglichkeit derjenigen, die wir brauchen können, zu uns zu kommen, verringert den Anreiz zu illegaler Migration. Das ist ganz einfach. Ein Großteil kommt zurzeit aus der Türkei. Das sind Menschen, die keinen Schutz suchen, sondern Arbeit. Die könnten wir brauchen. Aber die flüchten sich geradezu ins Asyl, weil legal nichts geht, weil die Verfahren ewig dauern, weil sie in der deutschen Botschaft gar keinen Termin bekommen usw. usf. Ein bis zwei Jahre Wartezeit auf einen Termin für ein Visum, das ist schlicht und einfach indiskutabel. Die Ampel könnte die Kommunen durch legalen Zuzug wirklich entlasten. Aber wahrscheinlich ist das einfach zu pragmatisch, als dass man das in der Ampel nachvollziehen könnte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Natürlich brauchen wir einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen. Wir brauchen eine rechtssichere Ausweitung der Möglichkeit, an deutschen Grenzen zurückzuweisen. Wir brauchen endlich Grenzverfahren innerhalb weniger Tage, und zwar als Regelfall. Das machen uns Österreich und die Schweiz vor. Das geht ohne Weiteres. Wir brauchen natürlich eine Beschleunigung der Asyl- und auch der Klageverfahren. Das alles sind Dinge, die die Kommunen wirklich entlasten können.

Das Wichtigste ist: Wir brauchen keine falschen Anreize. Sachleistungen, bargeldlose Bezahlkarte – da wird Bayern wieder Vorreiter sein. Berlin sagt nur: Das könnt ihr doch selbst machen. – Aber es wäre natürlich schon ganz schön, wenn wir die rechtlichen Voraussetzungen vom Bund hätten.

Wir brauchen ganz unbedingt Folgendes: Machen Sie bitte endlich das Bürgergeld für Menschen aus der Ukraine rückgängig! Das ist der größte Mist überhaupt, den es zurzeit in Deutschland gibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie haben kein Geld. Sie haben ein Milliardenloch. Das, was Sie nicht haben, geben Sie für den Irrweg aus, der auch noch zwei Klassen von Geflüchteten schafft. Ich bin kein Freund davon, hinter jeder Ecke Pull-Faktoren zu finden. Wenn Sie mit Ehrenamtlichen in den Städten und Gemeinden sprechen, dann hören Sie immer wieder die gleiche Geschichte von Ukrainern, die freimütig zugeben, dass sie gar nicht schutzbedürftig sind, sondern dass sie schlicht einfach das annehmen, was das vermeintlich reiche Deutschland ihnen anbietet. Interessanterweise sind die Ersten, die kamen, wirklich vor dem Krieg geflohen. Die wollten uns nicht zur Last fallen; die wollten arbeiten. Aber das Bürgergeld für Ukraineflüchtlinge hat die Atmosphäre letzten Endes verdorben, meine Damen und Herren. Verlassen Sie endlich diesen Irrweg!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das Wichtigste für unsere Kommunen ist: Wir brauchen eine wirkungsvolle Organisation menschenwürdiger Unterkunft und Versorgung. Wir brauchen Unterstützung für die Kommunen vom Bund, sonst schwindet zunehmend die Akzeptanz in der Bevölkerung. Dafür brauchen wir Liegenschaften des Bundes. Ganz ehrlich: Die BImA ist irgendetwas zwischen träge und taub.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

In meiner Heimatstadt Kempten hat ein Hilferuf an unseren Innenminister Herrmann gereicht, und er hat sich darum gekümmert und Liegenschaften gefunden, die der Freistaat zur Verfügung stellt.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Hold, bitte kommen Sie zum Schluss.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Da können wir letzten Endes Leichtbauten und ähnliche Dinge zusagen.

Wir in Bayern tun alles, was wir tun können. Aber wirken Sie doch bitte endlich mal auf die Ampelkoalition in Berlin ein, dass sie das Ihrige tut. Ich befürchte nämlich: Wenn Sie so weitermachen wie bisher, dann ist es groteskerweise gerade die Ampel, die den dumpfen Parolen Nahrung bietet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Kollege Hold. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Köhler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hoch qualifizierte Arbeitskräfte kommen hier ins Land: Ärztinnen, Ärzte, Pflegekräfte, Ingenieurinnen und Ingenieure, Chemiker und viele mehr. Es kommen aber auch viele Hilfskräfte, die hier mitarbeiten, Geld verdienen wollen und auf ein besseres Leben hoffen. Dann gibt es Menschen, die vor Krieg flüchten, hier aber die Chance zum Arbeiten annehmen würden. Dann gibt es noch viele Menschen mit einem Migrationshintergrund in der letzten oder vorletzten Generation, deren Familien schon Jahrzehnte fest zu unserer Gesellschaft gehören, die längst integriert sind und denen wir einen erheblichen Teil unseres Wohlstands zu verdanken haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber Sie, sehr geehrte Staatsregierung, sehr geehrte Regierungsfraktionen, nehmen meines Erachtens noch immer die falsche Perspektive ein. Sie triggern damit in eine gefährliche Richtung; denn Sie behandeln die Arbeitskräfte aus anderen Ländern in unserem Land noch immer, auch in Zeiten des Arbeitskräftemangels, als Bittsteller. In Wirklichkeit bieten diese Menschen uns ihre Arbeitskraft an, uns, dem Wirtschaftsstandort Bayern, der so dringend Arbeitskräfte braucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Leute, die zu uns kommen, müssen schneller in Arbeit gebracht werden, aber das verhindern Sie hier in Bayern systematisch, ganz besonders seit 2015. Viele Leute könnten längst für sich selbst sorgen, könnten Steuern und Krankenversicherung zahlen, aber Sie schmeißen ihnen Prügel zwischen die Füße. Wir brauchen in Bayern Monate, um die Anerkennung ausländischer Qualifikationen zu bearbeiten. Teilweise werden die Leute regelrecht schikaniert. Die Tagesordnungen im Petitionsausschuss waren in der letzten Legislaturperiode voller Fälle, bei denen Menschen einfach nur weiterarbeiten wollten. Auch Unternehmer haben vorgesprochen. Aber CSU und FREIE WÄHLER haben sich sehr oft gegen die Weiterbeschäftigung ausgesprochen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aktuell besteht bei der Regierung von Oberbayern ein Flaschenhals bei der Bearbeitung von Tausenden Anträgen auf Berufsankennung, und das allein im Gesundheitsbereich. Reden Sie mit Vertretern der Ausländerbehörden und der Arbeitsagentur. Diese werden Ihnen sagen, dass es bei der Regierung von Oberbayern "hängt". Dort gibt es noch nicht einmal Übersetzer für die englischsprachigen Zertifikate. Wir haben Haushaltsanträge gestellt, um diese Behörden zu stärken, damit es endlich schneller geht. Sie haben diese Anträge großmächtig abgelehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nenne das Beispiel von zwei Frauen aus dem Kosovo. Sie sind Pflegekräfte und haben die gleiche Ausbildung. Sie haben ein Jahr lang einen Bundesfreiwilligendienst in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderungen in München absolviert. Die Einrichtung möchte jetzt beide Kräfte übernehmen. Eine der beiden Frauen wurde in Hessen problemlos als Fachkraft anerkannt. Die andere Frau muss in Bayern zwei Jahre der dreijährigen Ausbildung erneut durchlaufen, um hier arbeiten zu dürfen. Was soll denn das?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Arzt wartet seit über einem Jahr auf seine Anerkennung. Die Landkreise stöhnen. Die Ehrenamtlichen geben alles, um staatliche Aufgaben wie zum Beispiel die Integrationsberatung zu erfüllen. Hier sitzen viele Kreisräte und Kreisrätinnen. Jeder Kreistag muss zusätzliche Mittel für die Verwaltung und die Träger der Sozialarbeit zur Verfügung stellen. Gibt es einmal genügend Geld vom Bund, zum Beispiel für die Versorgung der Geflüchteten aus der Ukraine, geben Sie nach einem Jahr noch nicht einmal die Hälfte dieser Mittel weiter. 36 Millionen Euro von insgesamt 79 Millionen Euro haben die Landkreise erst erreicht. Sie haben extra eine Gesetzesänderung gemacht, um die Verwendung dieser Mittel auf die Kosten für die Unterkunft zu verengen. Sie ignorieren die Verwaltungskosten, um die Stimmung anzuheizen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur sagen: Nutzen Sie die Migration als Chance. Schaffen Sie keine Scheinlösungen. Geben Sie fleißigen, arbeitswilligen Menschen eine Chance. Ertüchtigen Sie unsere Behörden, unterstützen Sie unsere Unternehmen, und machen Sie gelingende Migration möglich, statt herumzujammern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Köhler. – Für die CSU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Dr. Alexander Dietrich.

Dr. Alexander Dietrich (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich vorhin in die Fraktionssitzung gegangen bin, haben mich viele Kollegen aufgemuntert und gesagt: Das ist heute deine erste Rede. Hast du denn diese Rede schon vorbereitet? – Ich habe darauf geantwortet: Nein, ich habe die Rede noch nicht vorbereitet; denn ich möchte mir anhören, was die Opposition zum Thema zu sagen hat, um dann darauf zu reagieren. – Aber, meine Damen und Herren, ich hätte die Rede auch ruhig vorbereiten können; denn es kam wirklich wenig bis gar nichts Neues.

Bei den GRÜNEN und bei der SPD war es wie immer ein bisschen wie bei Pippi Langstrumpf: widewidewitt und drei macht neune, ich mach mir die Welt, widewide wie sie mir gefällt. – Auch bei der AfD war es so, wie man es erwarten konnte: viel Zustandsbeschreibung, wenig Lösungen. Frau Köhler, ich weiß nicht, in welcher Welt Sie leben. Sie haben gesagt, dass in letzter Zeit im Zuge der aktuellen Flüchtlingswelle hauptsächlich Fachkräfte bei uns eingewandert seien. Das ist nun wirklich völlig absurd.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Das widerspricht auch allen Erfahrungen in den Kommunen. Reden Sie mit den Leuten, unterhalten Sie sich mit Bürgermeistern, mit Polizeibeamten und Staatsanwälten. Dann wissen Sie, wie die Situation draußen wirklich ist. Von der AfD habe ich hauptsächlich das Schlagwort Abschiebungen gehört; ansonsten gab es hauptsächlich eine Zustandsbeschreibung und einen kleinen Vortrag über Abschiebungen.

Ich möchte auf das eigentliche Thema zurückkommen, nämlich, wie wir eigentlich den Kommunen helfen können. Heute wurde immer wieder gesagt, die Kommunen bräuchten mehr Geld. Das ist immer das Schlagwort. Durch mehr Geld kann jedoch keine einzige Unterkunft und kein einziger Schulplatz geschaffen werden. Bei uns gibt es zu wenige Handwerker, zu wenige Grundstücke, zu wenige Sozialarbeiter, zu wenige Erzieherinnen und Erzieher und zu wenige Deutschlehrer, um Integrationskurse durchzuführen. Diese Positionen kann ich mit Geld nicht "backen".

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Anders als Sie war ich in den letzten Jahren bei der Landeshauptstadt München in Personalverantwortung. Ich kenne die Situation in der größten Kommune Bayerns wahrscheinlich besser als viele andere hier. Der Stadtrat hat Tausende von Stellen beschlossen, insbesondere für Sozialpädagogen und für Erzieherinnen und Erzieher. Allein bei der Landeshauptstadt sind derzeit 4.000 Stellen unbesetzt. Das beweist: Selbst wenn wir die Kommunen mit genügend Geld ausstatten, gibt es nicht mehr genügend Menschen und Fachkräfte, die wir für diese Stellen brauchen. Diese Situation müssen wir zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es wird auch immer schwieriger, die Fachkräfte zu halten. Sprechen Sie einmal mit den Sozialpädagogen in München darüber, was in der Bezirkssozialarbeit, in den Waisenhäusern und in den Einrichtungen los ist. Die Leute können nicht mehr. Warum können sie nicht mehr? – Weil in den letzten Jahren einfach viel zu viele Menschen zu uns gekommen sind. Das Einzige, was den Kommunen nachhaltig helfen kann, ist deshalb, dass wir den Zustrom in unser Land so schnell und so nachhaltig wie möglich begrenzen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Wir hier in der Mitte, anders als die rechts außen, wissen aber, dass das nicht einfach ist. Das ist ein komplexes Thema. Deshalb hat Petra Guttenberger, anders als die AfD, eine ganze Fülle von Maßnahmen genannt, die notwendig sind. Ich möchte nicht alle wiederholen. Die Beschleunigung von Asylverfahren schaffen wir zum Beispiel nicht durch unbegrenztes Verwaltungspersonal. Wir müssen vielmehr darüber diskutieren, ob der Rechtsweg mit mehreren Instanzen, den wir heute haben, noch gerechtfertigt ist. Da müssen wir rangehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen außerdem so schnell wie möglich die Anreize, die dazu führen, dass die Leute, die schon in sicheren europäischen Ländern sind, zu uns kommen, vermindern. Die Koalition und die Staatsregierung haben dafür konstruktive Vorschläge gemacht. Wären Sie in Berlin bereit, diese Vorschläge mit uns gemeinsam wirkungsvoll umzusetzen, wäre damit den Kommunen am besten geholfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Dietrich. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es vergeht tatsächlich kein Tag, an dem nicht ein Kommunalpolitiker in unserem Bayern sagt: Das Boot ist voll. Wir wissen nicht mehr, wohin mit den Asylbewerbern.

(Beifall bei der AfD)

Die Kommunalpolitiker, die die Folgen der Asylpolitik der letzten Jahre ausbaden müssen, haben vollkommen recht. Doch gerade, wenn diese Damen und Herren ein CSU-Parteibuch haben, ist das eine beeindruckende Leistung in kognitiver Dissonanz. Da geriert sich die CSU als Retter des Abendlandes und fordert unter anderem eine Wende in der Asylpolitik. Wer regiert denn seit satten 66 Jahren hier in Bayern? Wer saß denn bis vor Kurzem ganze 16 Jahre in der Bundesregierung und hat unter anderem den Bundesinnenminister gestellt? – Ich komme gar nicht auf die Idee, die Genossen dort drüben in Schutz zu nehmen. Aber die Ampel macht doch nur mit dem Asylchaos weiter, das Sie hinterlassen haben.

(Beifall bei der AfD)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ihre Asylansagen und Ihr Wahlkampfgepolter können Sie sich sparen. Wir brauchen keine Chipkarte für Asylbewerber und keine gemeinnützige Arbeit. Wir brauchen Abschiebungen und ein knallhartes Grenzregime.

(Beifall bei der AfD)

Ihre Integrationsgrenze bzw. umbenannt in "Obergrenze" ist durchaus eine gute Idee, mit der wir uns anfreunden können. Aber eines ist auch klar: Unsere Obergrenze liegt bei null.

(Beifall bei der AfD – Ursula Sowa (GRÜNE): Null?)

Ich bin in Bamberg geboren und aufgewachsen. Ich habe miterlebt, wie CSU-Minister den Bambergern immer wieder vollmundig Versprechungen gemacht haben, dass die Zustände, die durch das Anker-Zentrum verursacht wurden, wieder besser werden würden. Was ist die Bilanz?

Die Bilanz ist: Die Weltkulturerbestadt Bamberg ist mittlerweile die gefährlichste Stadt Bayerns, und der Ministerposten für Bamberg ist auch weg. Das geht auch aus Ihrer eigenen Kriminalstatistik hervor. Der CSU sei Dank.

(Beifall bei der AfD)

Zu den konkreten Zahlen: Die Kriminalstatistik weist für Bamberg im Vergleich zum Jahr 2019 einen Anstieg von 25 % aus. Ich kenne Unternehmer persönlich, die viele Fälle gar nicht mehr anzeigen, weil sie mittlerweile kapituliert haben. Wenn morgens ein "traumatisierter Schutzbedürftiger" – für Sie auf Deutsch: ein "ausländischer Intensivtäter" – mal wieder in den Laden spaziert und klaut, kommt die Polizei entweder gar nicht mehr oder sie kommt zu spät. Es ist auch vorgekommen, dass ein am Morgen verhafteter Übeltäter am Abend erneut in den Laden spaziert. So sieht Bayern nach 66 Jahren CSU-Regentschaft aus. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der AfD)

Seitdem im Jahr 2015 unter Regierungsbeteiligung der CSU die migrationspolitische Büchse der Pandora geöffnet wurde, haben sich etliche Kommunen in Bayern zu sicheren Häfen für illegale Migranten erklärt.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Die CSU und die FREIEN WÄHLER haben mutig, wie sie immer sind, mitgemacht.

Vor dem Hintergrund, dass sich jetzt einige Landräte und Bürgermeister hinstellen und jammern, wofür Kritiker ihnen vor einigen Jahren noch die Nazi-Keule um die Ohren gehaut haben, bleibt zu sagen: Machen Sie sich erst mal ehrlich. Steigen Sie aus der Initiative Seebrücke aus. Sorgen Sie für sichere Straßen statt für sichere Häfen für illegale Migranten.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CSU)

Ich fasse zusammen: Im Bayern der CSU und der FREIEN WÄHLER – da können Sie pöbeln, wie Sie wollen – werden zwar immer weniger Einfamilienhäuser gebaut, weil sich die keiner mehr leisten kann, dafür werden unsere Kommunen mit Containerdörfern und Windrädern beglückt. Wenn sich Markus und Sabine den Hausbau nicht mehr leisten können, aber auf Steuerzahlerkosten für Mohammed und Jamal ein Containerdorf nach dem anderen errichtet wird, dann läuft hier gewaltig etwas falsch.

(Beifall bei der AfD – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Ganz schön übel! – Zurufe der Abgeordneten Martin Wagle (CSU) und Michael Hofmann (CSU) – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Echt übel!)

Gerade vor dem Hintergrund der letzten Aktuellen Stunde muss ich sagen: Wissen Sie, gerade die Verurteilung antisemitischer Übergriffe durch andere Parteien ist vor dem Hintergrund echt heuchlerisch; denn die islamistischen und antisemitischen Bekundungen und Vandalenakte sind nichts anderes als das Ergebnis Ihrer völlig aus dem Ruder gelaufenen Asylpolitik.

(Beifall bei der AfD)

Den Bürgern unseres Landes kann ich aber eines versprechen: Mit der AfD wird mit solchen Zuständen aufgeräumt und ausgemistet. Dann wird endlich wieder Politik für unsere Leute gemacht.

(Beifall bei der AfD – Staatsministerin Michaela Kaniber: Schämen Sie sich! – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) – Michael Hofmann (CSU): Unglaublich! – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Sie haben beleidigt! Mal in den Spiegel schauen! – Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Präsidentin Ilse Aigner: Abschließend hat der Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ruhe. Jetzt hat ausschließlich der Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen Weigert sehr dankbar, dass er vorhin in Erinnerung gerufen hat, dass unsere gesamte Flüchtlingspolitik unter der Überschrift "Humanität und Ordnung" steht. Beides ist in der Tat sehr wichtig.

Ich bin sehr froh darüber, dass der Grundsatzbeschluss, den die Innenministerkonferenz am vergangenen Freitag in Berlin zu diesem Thema insgesamt gefasst hat, nun auch auf Bundesebene einstimmig – mit Zustimmung aller Kolleginnen und Kollegen der SPD – unter der Überschrift "Humanität und Ordnung" steht. Ich denke, es ist ein gutes Signal, dass sich das jetzt bundesweit durchgesetzt hat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich sage gleich noch etwas zu Dingen, bei denen es mehr Ordnung braucht; aber ich will deutlich sagen: Die von der AfD vollmundig angekündigte Obergrenze von null ist inakzeptabel; denn dann bleibt für Humanität überhaupt kein Spielraum mehr. Das kann nicht unsere Flüchtlingspolitik sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Christoph Maier (AfD) – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Zum aktuellen Geschehen: Die Zugänge im Asylbereich liegen deutlich über dem Niveau der Vorjahre. Bislang sind in diesem Jahr schon mehr als 46.000 Asylbewerber neu in Bayern angekommen. Das ist eine deutliche Steigerung gegenüber dem vergangenen Jahr. Die Hauptherkunftsländer sind Syrien, die Türkei und Afghanistan. Wir hören überall, in den allermeisten Kommunen bei uns in Bayern – so haben das aber auch alle Innenministerinnen und Innenminister der Innenministerkonferenz bestätigt, das ist die Situation überall in Deutschland, es gibt keine Kollegin und keinen Kollegen, die bzw. der das anders sieht –, dass die Kommunen überall an die Grenzen der Aufnahmefähigkeit gestoßen sind, dass manche Gemeinden sich heute überfordert sehen und dass es dringend einer massiven Gegensteuerung bedürfe. Wir brauchen eine deutliche Reduzierung der Flüchtlingszahlen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Was ist konkret zu tun? – Ich will mich angesichts der Kürze meiner Redezeit auf wenige Punkte beschränken.

Erstens. Wir brauchen umfassende Grenzkontrollen. Dieser Staat muss deutlich machen, dass er die Kontrolle darüber hat, wer in unser Land kommt. Wohlgermerkt, das heißt nicht, die Grenzen zu schließen, sondern der Staat muss eine Kontrolle darüber haben, wer ins Land kommen soll.

Ich kann nur wiederholen: Es ist monatelang, schon seit über einem Jahr, immer wieder von der Bundesinnenministerin gefordert worden, dass nicht nur an der deutsch-österreichischen Grenze, sondern auch an den anderen Außengrenzen Deutschlands kontrolliert wird. Sie hat das lange Zeit abgelehnt. Es wurde immer wieder erklärt, es würde doch eh nichts helfen usw.

Am 16. Oktober hat die Bundesinnenministerin nun endlich angeordnet, dass auch die Grenzen zu Tschechien, die Grenzen zu Polen insbesondere, aber auch die Grenzen zur Schweiz kontrolliert werden. Das Ergebnis ist seither: Es wurden Hunderte von Schleusern festgenommen. Allein die Tatsache, dass diese jetzt hinter Gittern sitzen, einige in Untersuchungshaft und andere schon verurteilt, führt in dem kriminellen Schleuserunwesen zu einer massiven Abschreckung. Genau so ist das beabsichtigt. Seitdem gehen die Flüchtlingszahlen auch deutlich zurück, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der AfD)

Sowohl an der österreichischen als auch an der tschechischen Grenze leistet unsere Bayerische Grenzpolizei einen wichtigen Beitrag in enger Zusammenarbeit mit der Bundespolizei. Die Schaffung dieser Grenzpolizei hat sich, wie der Kollege Dremel vorhin schon angesprochen hat, in der Tat als richtig erwiesen. Deshalb hat diese Koalition auch beschlossen, dass die Personalstärke der Grenzpolizei in den nächsten Jahren auf- und ausgebaut wird, weil sie für die Sicherheit der Menschen in unserem Land gut ist.

Zweitens. Wir brauchen mehr und schnellere Rückführungen abgelehnter Asylbewerber. Wir nutzen die rechtlichen Spielräume, die es heute gibt. In diesem Jahr wurden schon über 12.000 Asylbewerber aus unserem Land aus Bayern rückgeführt. Bei vielen geschah das freiwillig; bei einigen musste der Staat auch nachhelfen.

Wir wünschen uns, dass noch viel mehr abgelehnte Asylbewerber schneller wieder rückgeführt werden. Dazu brauchen wir aber die Unterstützung des Bundes; denn ei-

nige Länder, insbesondere in Afrika, sind überhaupt nicht kooperativ. Das können wir nicht auf Länderebene leisten, das kann nur der Bund leisten.

Wir können diesbezüglich leider nur feststellen: Das ist im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung vor zwei Jahren angekündigt worden. Das ist schriftlich nachzulesen. Wenn man aber schaut, was in zwei Jahren bis heute passiert ist, dann stellt man fest: In puncto Rückführungsprogramme ist leider so gut wie gar nichts passiert. Das ist leider die Zwischenbilanz, die die Ampel in Berlin vorzuweisen hat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Drittens. Wir müssen zu hohe finanzielle Anreize, ganz gezielt nach Deutschland zu kommen, reduzieren. Ich behaupte nicht, dass sich deswegen jemand irgendwo im südlichen Afrika auf den Weg macht. Dass aber so viele, wenn sie in Europa angekommen sind, dann sehr deutlich sagen, sie wollten nach Deutschland, hängt schon mit den finanziellen Rahmenbedingungen zusammen, die in Deutschland insgesamt auf einem Niveau wie in keinem anderen europäischen Land sind. Als konkretes Beispiel sage ich hier noch einmal: Dass wir auch einem Asylbewerber, der rechtskräftig abgelehnt worden ist, bis zu dem Tag, an dem er das Land tatsächlich verlässt, immer noch Sozialhilfe auf einem Niveau wie in keinem anderen europäischen Land zahlen, das ist auch gegenüber den Steuerzahlern in unserem Land kaum vertretbar.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein Mindestmaß an Sozialhilfe, ja! Aber nicht in diesem Umfang.

Viertens. Bei der Frage der Einstufung zu sicheren Herkunftsländern wird der Bund seiner Verantwortung weiterhin nicht gerecht. Die Weigerung, Armenien, Indien und die Maghrebstaaten aufzunehmen, ist nicht nachvollziehbar. Ich darf auch da noch einmal darauf hinweisen, dass sich am vergangenen Freitag alle Innenminister Deutschlands einstimmig dafür ausgesprochen haben, dass auch Armenien, Indien

und die Maghrebstaaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden. Es scheitert nur an den GRÜNEN in Berlin, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

dass das immer noch nicht umgesetzt ist.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ausreden!)

Fünftens. Die Flüchtlinge, die bleiben dürfen, müssen schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Ja!)

Sie sollen möglichst schnell von ihrer eigenen Hände Arbeit leben können.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Bravo!)

Wir sind bekanntlich das Bundesland, das die niedrigste Arbeitslosenquote von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern inklusive der Flüchtlinge hat. Wir wollen aber, dass das noch besser wird. Klar ist aber auch – das ist heute im Kabinett noch einmal angesprochen worden, und wir werden das auch im Bundesrat zur Sprache bringen: Es ist, wie in der Debatte gerade angesprochen, falsch, dass wir jedem Flüchtling aus der Ukraine gleich die volle deutsche Sozialhilfe, sprich: Bürgergeld auszahlen. Das ist des Guten zu viel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen einen größeren Anreiz setzen, schneller Arbeit aufzunehmen.

Sechstens und letztens. Ich sage auch klar, dass wir uns in der Tat mit der Situation in den Herkunftsländern beschäftigen müssen. Das gilt insbesondere für Afrika. Da gibt es Menschen, die in Hunger und Not leben. Wir können aber Hunger und Not in Afrika nicht dadurch bekämpfen, dass wir Millionen Menschen aus Afrika in Europa aufnehmen, sondern wir müssen unsere Entwicklungshilfe in der Tat wesentlich verstärken.

Wir müssen den Menschen in Afrika helfen, dort selbst auf die Beine zu kommen. Wir müssen Hunger und Not in Afrika selbst und nicht durch immer größere Flüchtlingsströme bekämpfen, meinen Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen uns dafür gemeinsam einsetzen. Ich denke, das ist auch die richtige Botschaft für das bevorstehende Weihnachtsfest: Nicht die Augen vor der Not in der Welt verschließen, aber richtige und vernünftige Maßnahmen ergreifen, um den Menschen in christlicher Solidarität weltweit bestmöglich zu helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für 2024. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 181 Abgeordnete teilgenommen. Keine ungültigen Stimmen. Auf Herrn Abgeordneten Matthias Vogler entfielen 29 Stimmen, 148 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 4 Abgeordnete. Damit ist Herr Abgeordneter Matthias Vogler nicht mit der erforderlichen Mehrheit gewählt. Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.